



Editorial

Armee zu Tode sparen?

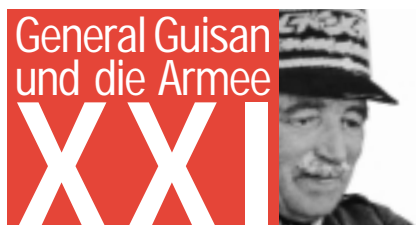
Die von Sozialdemokraten lancierte und von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle und Caritas unterstützte Volksinitiative über die Umverteilung der Militärausgaben ist eine Armeeabschaffung in Raten. Verlangt wird die Reduktion der Landesverteidigungsausgaben auf die Hälfte, obwohl beim VBS (ex EMD) im Gegensatz zu anderen Departementen bereits massiv gespart wurde.

Die neue Schweizer Milizarmee XXI wird kleiner sein, aber nicht billiger. Modernste Technologie, Ausbildung an Hightech-Geräten sowie Zeitsoldaten und gute Instruktionkader gibt es nicht zum Nulltarif!

Die bundesrätlichen Maulkörbe an die Armeeführung sind ebenso wenig zu tolerieren, wie herumgeisternde Ideen von Berufsarmee und obligatorischen Auslandseinsätzen.

Die Armee der Zukunft muss glaubwürdig und im Volk verankert sein, nur dann erhält sie die notwendigen Mittel und Unterstützung.

Thomas Fuchs,
Sekretär PL und Milizoffizier



General-Guisan-Zyklus

In den letzten Mitteilungen haben wir Sie in groben Zügen über das Tätigkeitsprogramm 2000 orientiert. Einen besonderen Platz wird der General-Guisan-Zyklus einnehmen.

Im letzten Jahr des 20. Jahrhunderts wollen wir die herausragenden Leistungen des Generals in Erinnerung rufen und sie gleichzeitig zum Leitfaden für die Zukunft bestimmen.

General Guisan und die Armee XXI
Das Logo «General Guisan und Armee XXI» (s. oben) wird den Veranstaltungszyklus begleiten. Warum diese Verknüpfung «General Guisan und Armee XXI»? Die aktuelle Diskussion um die neue Sicherheitspolitik und die angestrebte Armee reform ist geprägt von Unsicherheit, Wortklauberei, Versteckspiel, Ausgrenzung Andersdenkender und Profilierung. Wir befürworten zwar die Reform der gescheiterten Armee 95, jener politisch-motivierten Armee reform, welche die GSoA-Abstimmung von 1987 zu respektieren und dem anschließenden Berichtsaktivismus des linksliberalen Ständerats Otto Schoch zu genügen versuchte.

Aber: wir wollen eine Schweizer Armee, die für Volk und Land ihre Aufgaben erfüllt. Wir bleiben eine Milizarmee, keine Pseudo-Miliz-Organisation. Wir wollen die persönliche Waffe behalten. Wir fordern eine glaubwürdige Armee im Alpenraum. Wir bewahren Traditionen, denn sie sind Grundlage für den unabdingbaren Wehrwillen. Wir wollen, dass die Schweiz ihre sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit möglichst behalten kann. Wir lehnen sicherheitspolitische Experimente ab.

General Guisan war es gelungen, in schwierigem politischen – auch innenpolitischen – und militärischem Umfeld dem Volk Vertrauen zu schenken. Als

Gegenleistung erhielt er vom Volk einen uneingeschränkten Selbstbehauptungswillen. Guisan fühlte die Miliz, er nahm den Milizsoldaten und Subalternoffizier ernst. Er glaubte an die unabhängige, selbstbewusste und freie Schweiz. Hindernisse überwand er. Er schaute nach vorne. Guisan trat für sein Volk, für seine Soldaten, seine Armee und seinen Staat ein.

Dies verlangen wir auch heute von unseren Behörden. Nicht mehr und nicht weniger.

Veranstaltungen

- **Chamblon 1. September 2000:**
Wir besuchen die Panzerabwehr-Rekrutenschule in Chamblon und verbringen einen Tag mit jungen Soldaten und ihren Ausbildnern. Ein Besuch der Festung Vallorbe schliesst den Tag thematisch ab.
- **Jegenstorf 7. Oktober 2000:**
Wir «treffen den General und seinen Stab» im Schloss Jegenstorf, Kanton Bern. Ab 7.10.1944 war das Schloss Hauptquartier des Generals. Historiker und Zeitzeugen werden uns in

Sie lesen heute

Umverteilungs-, sprich Halbierungs-Initiative	2
Landesverteidigungsfonds	3
«Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom»	4
Zielkonflikte	4
Will Moskau den C-Waffen-Vertrag unterlaufen?	5
Selbstbehauptung	5
Die Spalte des Präsidenten	7
Werben Sie neue Mitglieder	8
In Kürze	8

den geschichtsträchtigen Räumen die damalige Zeit aufleben lassen.

• **Luzern, November**

(Datum noch nicht bestimmt):

Wir besichtigen das neue Armeeausbildungszentrum im Luzern. Die ehrwürdige Meili-Kaserne auf der Luzerner Allmend war in den Kriegsjahren ein Symbol der schweizeri-

schen Wehrhaftigkeit. Heute ist sie ein hochmodernes Zentrum für die militärische Kaderausbildung.

Die Veranstaltungen beginnen jeweils zwischen 1000 und 1030 Uhr und schliessen gegen 1600 Uhr ab. Sie werden für jede Veranstaltung eine besondere Einladung erhalten.

Alle drei Veranstaltungen verbinden das Erbe von General Guisan mit den Herausforderungen von heute. Schweizerische Vergangenheit und Gegenwart sind keine Gegensätze. Ihr Zusammenspiel ist der Schlüssel zur Meisterung der Zukunft.

Der Vorstand

Umverteilungs-, sprich Halbierungs-Initiative: verantwortungslos und verhängnisvoll

Das Schweizer Stimmvolk wird voraussichtlich am 26. November 2000 über die Umverteilungs-, sprich Halbierungs-Initiative (UMVI) entscheiden. Dabei handelt es sich um den zweiten Versuch der Militärgegner, das finanzielle Fundament von Armee und Zivilschutz zu zerstören.

Um was geht es?

Der Kernsatz des Initiativtextes lautet: «Der Bund kürzt schrittweise die Kredite für die Landesverteidigung, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung spätestens zehn Jahre nach Annahme dieser Übergangsbestimmung auf die Hälfte der Rechnung des Jahres 1987 reduziert sind.» Dabei würde die Teuerung ausgeglichen. Die Bundesversammlung legte alle vier Jahre fest, wie die «eingesparten Mittel» zu verwenden wären.

Ein Drittel der «eingesparten Beträge» würde für zusätzliche internationale Friedenspolitik eingesetzt. Der Bund müsste die Umrichtung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf «zukunftsgerichtete zivile Güter» und Dienstleistungen fördern. Er «öffnet zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen einen Koverersionsfonds von 1 Milliarde Franken».

Verheerende Auswirkungen

Die Umverteilungs-Initiative ist eine Trotzreaktion des politisch links stehenden Lagers um die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS). Diese erlitt eine politische Niederlage, weil das eidgenössische Parlament die erste, im Jahre 1992 eingereichte Initiative zur Halbierung der Militärausgaben 1995 als ungültig erklärt hatte. Die UMVI ist im März 1997 eingereicht und inzwischen zum sicherheitspolitischen Irrläufer geworden.

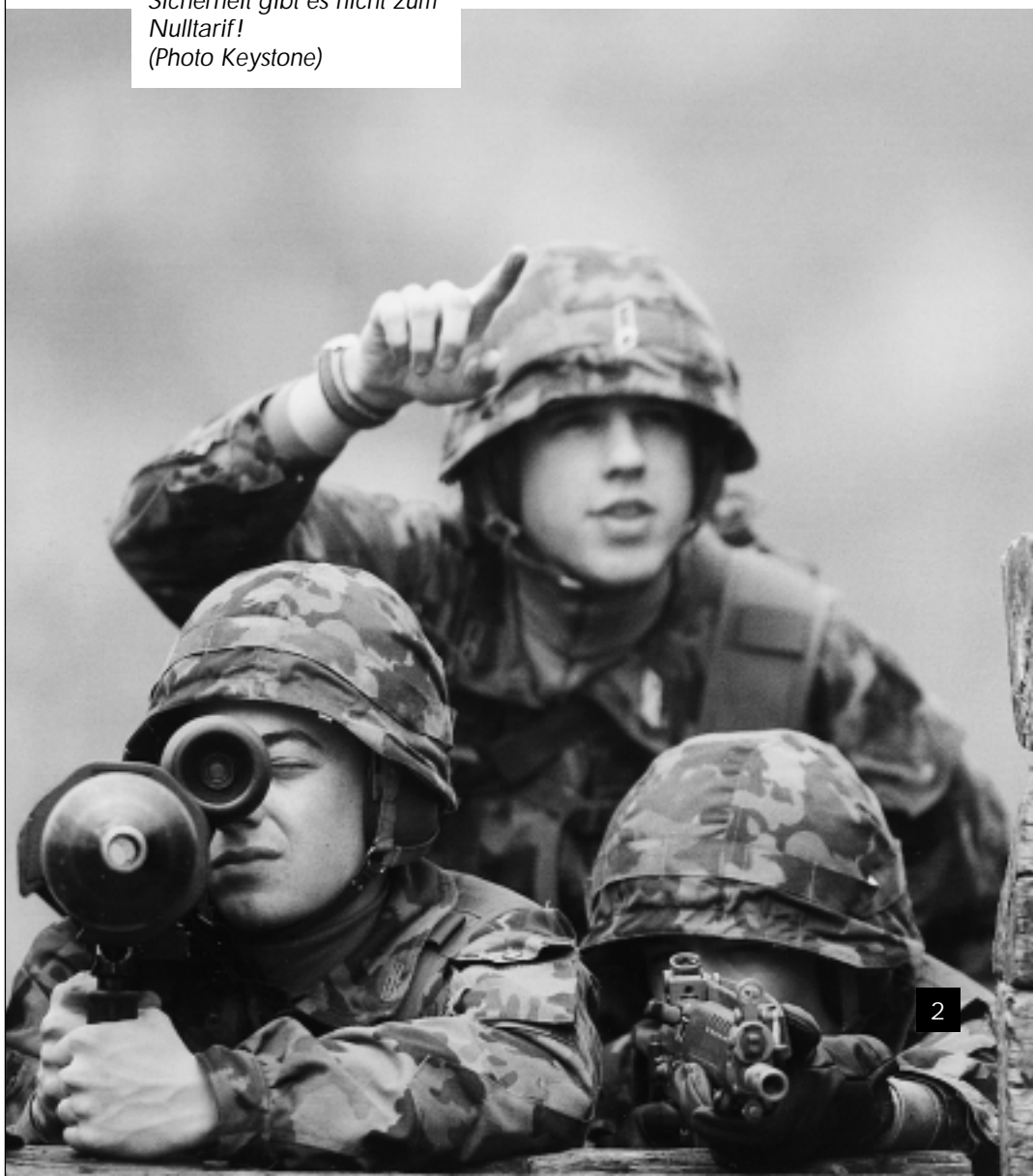
Die UMVI will der künftigen «Armee XXI» und dem Zivilschutz die für eine glaubwürdige Landesverteidigung erforderlichen Geldmittel entziehen. Die Militärausgaben würden unsinnigerweise auf einem zu tiefen Stand in der Bundesverfassung festgeschrieben. Den für die Sicherheit der Schweiz verantwortlichen Behörden wären die

Hände gebunden, auf bedrohliche Änderungen der strategischen Lage rechtzeitig zu reagieren.

Steigende Rüstungsausgaben

Wie wird sich das internationale Umfeld entwickeln? Wir wissen es nicht und müssen das Undenkbare denken, das heisst, uns für alle Fälle vorsehen. Da ändert auch der hoffnungsvolle

*Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif!
(Photo Keystone)*



Landesverteidigungsfonds – muss aufgerüstet werden!

- Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE wird die sogenannte Umverteilungs-Initiative der Linken bekämpfen. Die angestrebte massive Reduzierung der Wehrausgaben ist nichts anderes als die schleichende Entwaffnung der Schweiz.
- Wir werden uns für die Beschaffung des dringend benötigten neuen Schützenpanzers 2000 engagieren.

- Wir werden uns aber auch einsetzen, dass der verteidigungspolitische Leistungsauftrag der Armee durch die «Reform XXI» nicht eingeschränkt wird. So wehren wir uns zum Beispiel gegen einen allfälligen massiven Abbau bei den Gebirgstruppen. Denn wenn die Schweiz im europäischen Umfeld eine militärische Aufgabe hat, dann den Schutz und die Verteidi-

- gung der Alpentransversalen!
- Wir wollen nach wie vor bestens ausgebildete und ausgerüstete Milizsoldaten und Milizkader. Wir werden für die persönliche Waffe der Armeeangehörigen kämpfen.

Deshalb: Helfen Sie mit, unseren Landesverteidigungsfonds mit einer Spende zu stärken.

Leitspruch «Sicherheit durch Kooperation» nichts. Ob unabhängig und neutral oder in einem Militärbündnis: Die Schweiz muss eine hohe Eigenleistung erbringen und ihren Sicherheitsraum selbst verteidigen. «Die weltweiten Rüstungsausgaben beginnen nach zehn Jahren Niedergang wieder anzusteigen» («Neue Zürcher Zeitung» vom 15. Juni 2000).

Der Krieg um den Kosovo hat die Mängel europäischer Streitkräfte blossgelegt. Die Deutsche Bundeswehr und das Österreichische Bundesheer bieten genügend Anschauungsunterricht für unterfinanzierte Streitkräfte mit grossem technologischem Nachholbedarf. Die sozialistischen Regierungen in Europa, zum Beispiel von Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, sprechen weder von Abrüstung ihrer Streitkräfte noch von Umverteilung – im Gegenteil. Die Halbierungs-Initianten wollen, dass ausgerechnet unser Land mit dem schlechten Beispiel vorausgeht.

Unabsehbarer Schaden

Ein militärischer «Unsicherheitsraum Schweiz» hätte weltweit unermessliche Wirkung auf den Denk- und Werkplatz Schweiz. Die politischen Vorstösse der Armeehalbierer und -abschaffer sowie das dauernde Gerede und Geschreibe darüber bleiben im Ausland nicht unbemerkt. Die Armeebefürworter stellen mit Empörung fest, dass sogenannte bürgerliche Kreise, die bis in den Bundesrat reichen, den Armeegegnern Vorschub leisten und unserem Lande schaden. Grund dafür ist das unüberlegte und voreilige Geschwätz

über wehrtechnische Beschaffungen (Kampfschützenpanzer) sowie über Armeebestände und -finanzen. Verteidigungsdepartement (VBS) und Bundesrat haben die Umverteilungs-Initiative schon viel zu lange verschleppt. Die Planung der «Armee XXI» steht auf wackeligen Füßen, solange der finanzielle Unterbau nicht gesichert ist. Die Landesregierung muss jetzt endlich den voraussichtlichen Termin vom 26. November 2000 für die Volksabstimmung bestätigen. Die ausserdienstlichen militärischen Milizvereinigungen sind aufgerufen, die UMVI mit allen Mitteln zu bekämpfen. Eine niedrige Stimmbeteiligung könnte verhängnisvolle Folgen zeitigen. Ein Abseitsstehen oder sogar Bejahen der UMVI aus allenfalls berechtigtem Missmut über das VBS oder über die Armee wären ebenso leichtsinnig wie das militärpolitisch verantwortungslose Treiben der linken Initianten. Deshalb: Umverteilungs-, sprich Halbierungs-Initiative: NEIN!

Heinrich L. Wirz, Militärpublizist



Abgelehnte Volksinitiativen mit Zielsetzung der Abschaffung, Halbierung und Schwächung der Armee (Abstimmungsdaten)

- 5. April 1987 «Für die Mitsprache des Volkes bei Militärausgaben» (Rüstungsreferendum)
- 26. Nov. 1989 «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik»
- 6. Juni 1993 «40 Waffenplätze sind genug – Umweltschutz auch beim Militär»
- 6. Juni 1993 «Für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge»
- 8. Juni 1997 «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr»

«Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom»

Gast-Kolumne von Frau Annemarie Gür-Bossard, Sekundarlehrerin und Gemeinderätin in Lauterbrunnen

UNO- und EU-Beitritt, dies ist die Deiss'sche Zukunftsvision, als Dank für das Ja zu den Bilateralen. Manchmal frage ich mich schon aus welchen Perspektiven bundesrätliche Ziele entstehen. Werden sie irgendwo zwischen Aperitif und Mittagessen auf 10000 m Höhe bei einer Geschwindigkeit von 800 km/Stunde auf der Strecke Zürich-Brüssel entwickelt oder sonst aus der Luft gegriffen? Sind dies die Auswirkungen des Höhenkollers oder der geistigen Höhenflüge? Meint man wirklich durch einen UNO-Beitritt einen Einsatz für Weltfrieden und Armut zu leisten oder möchte man einfach auch mal als Schweizer international im Schlepptau der UNO brillieren? Ist es wirklich so unehrenhaft zusammen mit dem Vatikan dieser Organisation nicht anzugehören? In diesem Zusammenhang frage ich mich nur, ob nicht vielleicht der Vatikan mehr zum Weltfrieden beigetragen hat, als alle Grossmächte der UNO. Erstaunlich ist jedenfalls, dass die weltlichen Herrscher verschiedenster Nationen und Religionen zum Vatikan pilgern und um Audienzen ersuchen. Nicht nur die Politikerkaste trifft sich in diesem geistigen Zentrum, sondern Menschen aus aller Welt, versammeln sich fast täglich zu Tausenden auf dem Petersplatz zum gemeinsamen Gebet mit jenem Mann, der trotz Alter und Gebrechen immer noch die Welt bewegt!

Die Optik aus der Vogelperspektive, die sich dem Flugreisenden bietet, lässt kaum mehr Landesgrenzen erkennen oder ist je nach Wetterlage ganz vernebelt. Dieser Blickwinkel ist es, dem die Bundesräte wahrscheinlich durch Ihre aussenpolitischen Tätigkeiten vermehrt ausgesetzt sind. Die Realität, die sich dem einfachen Bürger in Bodennähe zeigt, kann kaum mehr wahrgenommen zu werden. Begriffe wie Freiheit, Selbst- und Mitbestimmung mutieren auf dieser Höhe zu Vokabeln, denn sie scheinen zukünftig noch einer kleinen Elite vorbehalten zu sein. Wer kann seinen Einflussbereich schon bei einem EU-Beitritt vergrössern, dies ist doch nur der Bundesrat und einige Minister, jedenfalls nicht das Volk. Der einfache Bürger wird doch seines Initiativ- und Referendumsrechts beraubt und wenn er Pech hat sogar noch seiner Meinungsfreiheit wie in Österreich. Was gilt schon das demokratische Recht eines Kleinbürgers der Alpenwelt, wenn es um den Weltfrieden geht? Welche Wichtigkeit haben 7 Millionen Menschen, wenn über 380 Millionen bestimmt werden kann? Zwar haben die Grossreiche bis jetzt den Tatbeweis des garantierten Friedens noch nicht erbracht, selbst in der EU schwelen immer regionale Konflikte, nichts desto trotz setzt man heute auf Grossräume. Nach dieser «Bilateralen Abstimmung» hat sich einmal mehr herauskristallisiert, dass nur noch der Wille jener gelten soll, die in die UNO und EU wollen. Deshalb konnte Bundesrat Leuenberger auch im Vorfeld der Abstimmung von

einer Krise sprechen, die heraufbeschworen würde, falls die bilateralen Verträge abgelehnt werden. Auch dies ist eine unhaltbare Aussage eines Regierungsmitgliedes in einer Demokratie! Doch gerade die Demokratie ist es, auf die die Attacken der letzten 10 Jahre zielen. Für Parlament und Bundesrat sind diese Volksabstimmungen unberechenbare Spiessrutenläufe, die die Würde der «Classe politique» beschneiden. Die oft zähflüssige demokratische Regierungsform ist schon lange ein Dorn im Auge jener, die sich zur Macht befugt glauben. Zwar spricht man weltweit von Friedensförderung, doch das Mittel, das den Frieden fördert, die Mitverantwortung und Mitbestimmung des kleinen Bürgers, versucht man systematisch zu zerstören.

Wer fühlt sich als Bürger nicht verschaukelt, wenn kurz nach der Abstimmung über die Bilateralen trotz bundesrätlichem Marschhalteversprechen schon die Werbekampagne für einen EU-Beitritt eingeleitet wird? Lasst uns doch die Konsequenzen dieser Verträge zuerst erfahren!

Wenn wir weiterhin noch ein Mitspracherecht wollen und die Freiheit uns nach wie vor wichtig ist, so heisst es zukünftig jenen Versammelten unter der Bundeskuppel wieder klare Zeichen zu geben. Die geplanten Neutralitätsattacken durch die Armeereform, die Kooperation mit ausländischem Militär und durch den UNO-Beitritt müssen verhindert werden, sonst können wir uns dann wirklich politisch zu den toten Fischen zählen!

Zielkonflikte

Der Giovanni von Hintermosigen wollte seine Angebetene, die Angela besuchen. Er löste eine Fahrkarte nach Bettwil, wo man ihm beschied, dass eine Angela unbekannt sei. Da fiel dem Giovanni ein, dass sein Gespons in Bettwiesen wohnte.

Denken Sie bitte nicht, der Giovanni sei ein Einfaltspinsel: Nato-Gebirgsjäger der italienischen Streitkräfte (116 Mann)

sind auf dem Flughafen von Kristianstad (Schweden) abgesetzt worden. Die Mannen waren erstaunt, dass man von ihnen und ihrer Manöverteilnahme nichts wusste. Eigentlich hätten sie nach Kristiansand in Norwegen geflogen werden sollen.

Dem Giovanni sei die Verwechslung verziehen. Selbst der italienischen Armee fehlt es an Aufmerksamkeit und an

geographiekundigen Spezialisten (nach «Bund» vom 27. 5. 2000).

Auch manche unter unseren Politikern finden sich in der Landschaft (der Parteien) nicht zurecht. Sie mobilisieren zwar die Wähler, segeln dann aber in einen anderen Hafen.

Die setze ich nicht mehr auf den Wahlzettel.

Sch.



Russland sei u. a. aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, auch nur ein Prozent seiner 40 000 Tonnen (!) chemischer Waffen zu zerstören. Oder will es einfach nicht? (Photo Keystone)

Will Moskau den C-Waffen-Vertrag unterlaufen?

In einem 1990 abgeschlossenen (und endlich 1997 ratifizierten) Abkommen mit den USA verpflichtete sich Moskau, 1992 mit der Zerstörung seiner chemischen Waffen zu beginnen, nach sieben Jahren die Hälfte vernichtet zu haben und Ende 2002 nur noch über 5000 Tonnen zu verfügen. Offiziell wird die in Russland befindliche Menge dieser Teufelswaffen mit 40000 Tonnen angegeben; im Westen wird sie höher eingeschätzt. Oft ist auch ihr genauer Verbleib «völlig unklar», wie das Armee-Organ «Krasnaja Swesda» im Oktober 1993 und ein Jahr danach ebenfalls Radio Russland einräumten – ein Eindruck, der inzwischen auch im Westen herrscht. Wiederholt beteuerten führende russische Militärs und Wissenschaftler, die Produktion solcher Kampfstoffe sei eingestellt und nie wieder aufgenommen, bis dann der russische Spezialist Mirsojanow am 10. 10. 1991 in der russischen (!) Zeitung «Kuranty» sein Land offen beschuldigte, sogar noch stärkere C-Waffen herzustellen. Rund drei Jahre später meldete das Moskauer Fernsehen, bei Saratow

(an der Wolga) würden diese Kampfstoffe weiterhin getestet – die Zahl der Krebserkrankungen und die Kindersterblichkeit seien hier auch mehr als doppelt so hoch wie sonst im Riesensland.

Westliche Geheimdienste wissen längst, dass die eigentliche Zentrale für C-Waffen das Moskauer «Institut für organische Chemie und chemische Technologie» mit seinen über 3500 Angestellten ist und sich das Zentrum der Forschung und Erprobung in Schichanij an der Wolga befindet. Auch die sieben Produktions-Fabriken sind bekannt. Im März 1997 lief ein Offizier des russischen Geheimdienstes mit einer Probe eines neuen Nervengases («A-232») in den Westen über – es wird inzwischen unter der Code-Bezeichnung «Foliant» im Khimpron-Produktionskomplex in Nowoscheboksarsk hergestellt.

Neben der potentiellen Gefahr, C-Waffen in einem Kriege einzusetzen, gibt es für Russland selber zwei sehr gravierende Momente: Die Garantie der Container mit den Giftstoffen läuft lediglich

15 Jahre, inzwischen aber sind oftmals 35 Jahre vergangen. «Die Konsequenzen eines möglichen Lecks werden katastrophal sein», schrieb Jurij Baturin, immerhin Sekretär des nationalen Verteidigungsrates, bereits vor vier Jahren – doch praktisch geschah nichts! Noch vor Monaten klagte der Gouverneur von Saratow in diesem Zusammenhang: «Niemand weiss, was mit den chemischen Waffen auf diesen Abladeplätzen passieren wird. Wir leben in der Erwartung eines weiteren Tschernobyls». Schon vor fünf Jahren hatte das russische Verteidigungsministerium auf die Gefahr hingewiesen, dass sich kriminelle Kreise der Arsenale bemächtigen könnten, sind deren Sicherheitsmassnahmen doch zumeist ungenügend. Ebenso könnten die nur schlecht besoldeten Wachsoldaten von Mafia-Gruppierungen angelockt werden, in weiterer Folge die Chemiekampfstoffe auf den internationalen Schwarzmarkt gelangen und dann von Terroristen eingesetzt werden... Grosses Misstrauen erregt im Westen natürlich die Tatsache, dass Moskau

längst nicht mehr vom vereinbarten Jahr 2002 als Abschluss des Vernichtungs-Programms der C-Waffen spricht, sondern von 2005 und neuerdings gar von 2010. Mit der Zerstörung wollte man endlich im Dezember 1999 beginnen (also mit einer Verspätung von sieben Jahren!). Voraussetzung wäre allerdings, der Bau von Anlagen zur Aufbereitung der Giftstoffe sei abgeschlossen – diese werden in Gornij (bei Saratow), Kambarka (Udmurten) und Schtschutschije (Südwesten Sibiriens) gebaut; nach russischen Pressemeldungen indes waren sie im April dieses Jahres immer noch nicht voll-

endet! ITAR-TASS musste einräumen: «Russland ist nicht in der Lage, auch nur ein Prozent seiner 40000 Tonnen chemischer Waffen bis zum 29. April 2000 zu zerstören.» Es fehle an finanziellen Mitteln, heisst es immer wieder. Würden diese nicht erhöht, würde Moskau rund 100 Jahre zur Vernichtung der C-Kampfstoffe benötigen! Zusehends drängt sich allerdings die Frage auf, ob der Kreml deren Zerstörung wirklich anstrebt. Denn Geld ist im Verteidigungsministerium genügend vorhanden – zumindest für neue Waffen! Die USA haben zum Vernichtungsprogramm bereits 192 Millionen Dollar

beigesteuert, Deutschland gab für die Anlage in Gornij 44 Millionen DM – doch irgendwelche Erfolge sind nicht zu spüren. Stattdessen kann man von hohen Militärs zunehmend hören, der Vertrag verbiete nicht die Entwicklung einer neuen Generation von C-Waffen und die NATO-Erweiterung von Polen mache diese Waffen wieder interessant. Westliche Fragen, das alles würde einen direkten Bruch des C-Waffen-Abkommens bedeuten, bleiben ohne Antwort.

Dr. René Hänggi

Selbstbehauptung

Viele Stunden sass ich, oft bei einem Glas Rotwein, in der Stube von Dr. Max Keller. Es waren Stunden der Fortbildung, des Staatskundeunterrichts. Dr. Keller zeigte mir auf, dass der Wille zur Selbstbehauptung das Fundament eines starken, selbstbewussten Staates und einer gesunden Gesellschaft bildet. Der aktuelle Mangel an Selbstbehauptung sei die Ursache für so manche politische Fehlentwicklung in unserem Land! Das Verhalten der *classe politique* in aussen- und innenpolitischen Themen liefern tatsächlich tagtäglich den Beweis für Dr. Keller's Erkenntnis. Dr. Max Keller ist am 20. Mai 2000 in seinem 86. Lebensjahr gestorben.

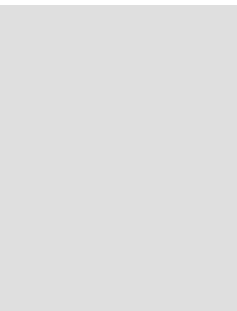
Mit ihm hat unsere Vereinigung PRO LIBERTATE ein ausserordentlich aktives und wertvolles Mitglied verloren. Dr. Max Keller war ein scharfer und präziser Denker, das Eventuelle lag im fern. Trotz seines wohlverdienten Ruhestandes engagierte er sich selbstlos für die Wahrung und Förderung des Selbstbehauptungswillens. Seinem Wirken lag der überzeugte Patriot zugrunde. Aber nicht der romantische, träumende und engstirnige Nationalist. Sondern der Patriot, welcher sein Vaterland liebt und die Vaterländer anderer Menschen tief respektiert.

In der politischen Debatte hörte er der anderen Meinung aufmerksam zu. Aber mit Mut, Hartnäckigkeit, ausgeprägtem Verstand sowie Humor setzte er seine Überzeugungen durch.

1995 verfasste Dr. Keller für unsere Vereinigung die Schrift «1945–1995». Als das Ausland grobe und unhaltbare Vorwürfe gegen die Schweiz des Zweiten Weltkrieges schmetterte, hat Dr. Keller die Erinnerungsschrift «1945–1995» ergänzt und dem Titel die Jahrzahl 1997 angefügt. Dadurch entstand eine Kampfschrift für die Würdigung der Aktivdienstgeneration. Eine weitere Neuauflage baute das Thema aus:

«1938–1945–1954–1995–1997–1998». Er thematisierte zusätzlich die Problematik der Behauptung, die Schweiz sei Urheberin des sogenannten «Judenstempels» in den jüdischen Pässen gewesen.

Der promovierte Anwalt und Artillerie-Generalstabsoberst Keller akzeptierte Verfälschung der Geschichte, ungerechte Analysen und feige Propaganda nicht. Mit grossem Durchhaltewillen führte er den Kampf gegen die vom Schweizerischen Beobachter aufgestellte Behauptung der schweizerischen Urheberschaft des «J-Stempels». Mit der im Frühjahr 1999 veröffentlichten Schrift «Das Ende der J-Stempel-Saga» gelang ihm ein grosser Wurf. Der Beobachter nahm seine Vorwürfe zurück. Die Schrift fand breite Zustimmung und erfreut sich bis heute hoher Nachfrage. Das Ergebnis seiner Recherchen stiess den Moralisten, Links-Historikern und bestimmten Professoren tief ins Fleisch. Der Beobachter nahm zwar seine



Dr. Max Keller

Behauptung zurück. Professor Georg Kreis aber, Hüter des Guten und Kämpfer gegen das Böse (Mitglied Bergier- und Rassismus-Kommission), veröffentlichte dennoch vor kurzen das Buch «Die Rückkehr des J-Stempels. Zur Geschichte einer schwierigen Vergangenheitsbewältigung.» Kreis ordnet in seiner Schreibe Dr. Keller der revisionistischen Geschichtsschreibung zu, welche im rechtsbürgerlichen Milieu zurzeit Mode sei. Und Kreis wirft gewissen Patrioten Verharmlosung der historischen Vorgänge vor. Nun, wir kennen dies. Das professorale und wenig reflektierte Urteil interpretiere ich als späte Würdigung für den Erfolg von Dr. Keller! Denn so oft wird der Unterlegene zum unanständigen «Marktschreier»...

«Patriotisch, selbstlos, bescheiden, hilfsbereit, offen, hartnäckig, mutig, schlau, humorvoll», das waren aus meiner Sicht die Eigenschaften von Max Keller. Deshalb wird er uns weiterhin ein grosses Vorbild bleiben.

W. Gartenmann

Die Spalte des Präsidenten

Die Solidaritätssoldaten...

1999 führte die NATO Krieg gegen Serbien. Bomben für Menschenrechte war die Losung. Die Hightech-Luft-Armada fügte nebst militärischen Zielen der zivilen Infrastruktur in Serbien und im Kosovo katastrophale Schäden zu.

Heute bezeichnet man den zerstörten Kosovo als Baustelle der Friedensförderung (zit. Chef VBS). Zwar sitzt nach dem Bombenkrieg das Milosevic-Regime immer noch an der Macht. Eine politische Lösung für den Kosovo ist nicht in Sicht und ein neuer unerbittlicher Krieg findet statt: der Wirtschaftskrieg. Eine Reportage des französischen Fernsehsenders France 2 vom 15. 6. 2000 («Envoyé spécial: Kosovo, la seconde guerre») regte zum Nachdenken an und führte unweigerlich zur Frage: wurde gebombt, um Industrienaufträge einzufahren?

Nach dem ersten Golfkrieg «eroberten» die USA für ihre Industrie erfolgreich die grossen Wiederaufbauprojekte im teilzerstörten Kuwait. Frankreich zum Beispiel ging damals leer aus. Doch unser westliches Nachbarland lernte schnell. Im französischen Generalstab wurde eine besondere Abteilung geschaffen. Diese befindet sich heute im Kosovo-Einsatz. Über 100 Reserve-Offiziere, darunter Ingenieure, Unternehmer, Agronomen, haben den Auftrag, in enger Zusammenarbeit mit den französischen KFOR-Truppen, Aufträge für die französische Industrie einzufahren. Sinnigerweise «managt» eine Frau die Kontakte zur UNO- und EU-Administration, denn die Aufbau-Milliarden kommen von der «Völkergemeinschaft». Bei Akquisitions-, Planungs- sowie Durchführungsrapporten sitzen hohe Wirtschaftsführer und Verbindungsoffiziere der französischen Armee zusammen. Die Rechnung geht offenbar auf. Frankreich verbucht Erfolge: Alcatel stach die deutsche Siemens und US-Motorola beim Aufbau eines mobilen Telephonnetzes aus, Alstom renoviert Kraftwerke, Agrarunternehmen bauen Gross-Ställe usw. Mit allergrösster Selbstverständlichkeit erklären französische Offiziere, das Ziel sei es, für ihr Land möglichst viele Aufträge einzufahren. Von Staatengemeinschaft spricht keiner mehr.

Wie die übrigen Industriestaaten wartet Paris nun mit seinen «Buisness-Soldaten» auf den noch volumenmässigen

umfangreicheren Wiederaufbau in Serbien...

Und die Schweiz? Wir finden doch alle anderen so nett, verleugnen unsere Standortvorteile, haben schlechtes Gewissen neutrale Schweizer zu sein, schämen uns unseres Wirtschaftserfolges, lassen uns demütigen wegen unserem Selbstbehauptungswillen im Zweiten Weltkrieg und schwafeln von Solidarität sowie vom barmherzigen Miteinander der Völkergemeinschaft – einer Gemeinschaft, welcher unsere Politmächtigen um jeden Preis angehören wollen.

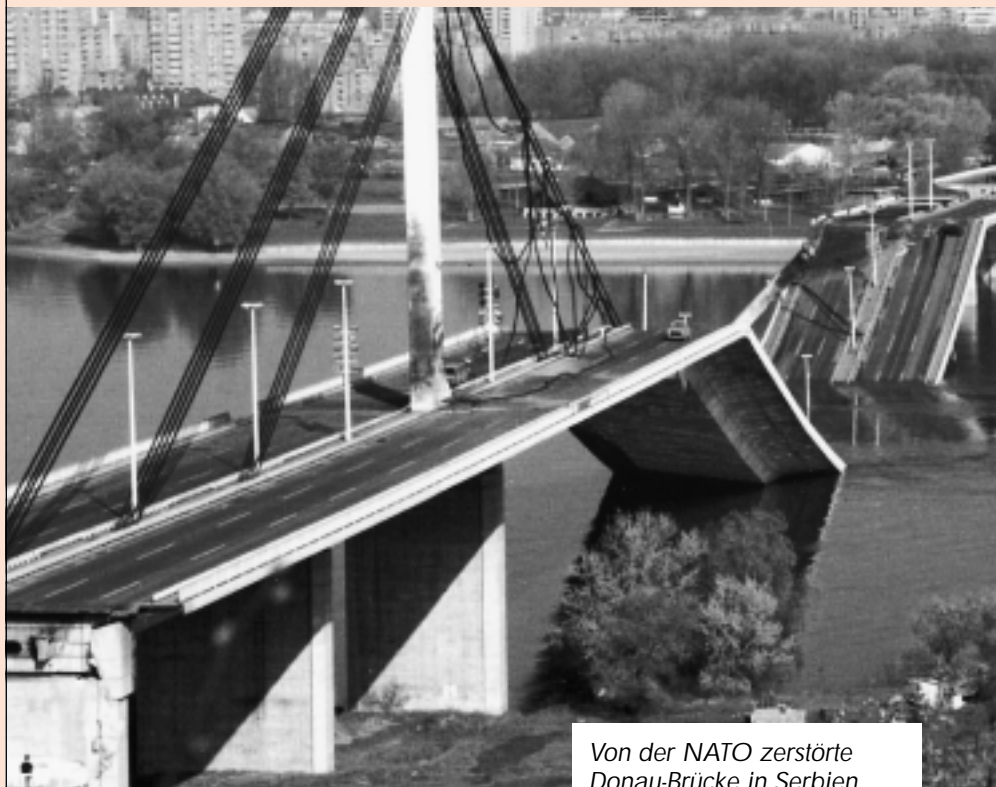
Unsere Armee soll drastisch verkleinert werden. Dem Auftrag Landesverteidigung will die neue Sicherheitspolitik seine grundsätzliche Bedeutung entzie-

hen. Dafür wird die neutrale Schweiz Truppen im Ausland einsetzen. Die Doktrin soll lauten, «Solidaritätssoldaten» im Auslandseinsatz verhindern, dass auf Schweizer Boden jemals wieder Krieg geführt werden müsse.

Während wir auf unserem Masochismus- und Anpasser-Trip verweilen, wird die ausländische Konkurrenz u. a. den Flughafen Kloten ausgeschaltet und das Bankkundengeheimnis abgeschafft haben, die Steuerinsel versenkt, das Nationalbank-Gold abgeholt und die humanitäre Tradition der Schweiz marginalisiert haben.

Fazit: Wachen wir endlich auf!

W. Gartenmann



Von der NATO zerstörte Donau-Brücke in Serbien. Wer wird sie wohl aufbauen? (Photo Keystone)

Impressum

Druck und Administration:
Schwarzenburger Druck+Verlag AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint viermal jährlich.
Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Werner Gartenmann (Präsident)
3172 Niederwangen
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier)
3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll)
3018 Bern-Bümpliz
Walter Rytz, 1133 Lussy-sur-Morges
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach

Werben Sie neue Mitglieder!

In Ihrem Bekanntenkreis gibt es bestimmt Gesinnungsfreunde, denen Sie den Beitritt zur Vereinigung PRO LIBERTATE empfehlen können.

Wir unterstützen Sie!

Mitglieder, Gönner und Sympathisanten können unentgeltlich bis zu je drei Exemplare der folgenden Broschüren bestellen:

- A «...so dass keiner mehr die Sprache des andern versteht»
- B Augenmass in militärischen Dingen
- C Das Ende der J-Stempel-Saga
- D Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945

Unserer Sendung liegen eine entsprechende Anzahl dieser Mitteilung und des Prospektes «Starke Argumente» bei. Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen im voraus bestens.



Bestellschein

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 3/00

Senden Sie mir unentgeltlich für persönliche Werbung:

A Expl. C Expl.

B Expl. D Expl.

In Kürze

21. 5. 2000: Bilaterale Verträge

Ein knappes Drittel aller Stimmberechtigten hat die Verträge angenommen, etwas weniger als ein Sechstel lehnte sie ab. Die Hälfte hatte keine Meinung, vielleicht auch nicht Zeit und Lust, an der Zukunft mitzuwirken.

Was soll's? Sie ist ohnehin rosig, diese Zukunft. Der Bundesrat erläutert es in der Abstimmungsbroschüre: «Zugeschnitten auf wichtige und dringende Anliegen unseres Landes, tragen sie dazu bei, Wohlstand und Wachstum zu sichern. Sie haben mit einem EU-Beitritt nichts zu tun und lassen uns bei der weiteren Ausgestaltung unserer Beziehungen zur EU alle Freiheiten.»

Wer die Struktur der EU kennt und die Gepflogenheiten dieser Oligarchie, der

fragt sich, welcher Art diese Freiheiten sein mögen. Die Freiheit etwa, die Abgabe für 40-Töner von ursprünglich 600 auf 325 Franken zu ermässigen? Mit dem Kurszerfall des Euro könnten es noch weniger werden.

Tröstlich zu wissen, dass diese Abkommen «mit einem EU-Beitritt nichts zu tun haben.» Zu hoffen bleibt, dass auch die Sieger des 21. Mai von Fussangeln und Tretminen verschont bleiben, die die Gegner in den Vertragstexten geortet haben.

Sch.



Prügelknabe CH

Ich wette: kein Mitglied der Bergier-Kommission hat in der schweren Zeit bis 1945 die Politik mitgestaltet, geschweige denn Aktivdienst geleistet.

Von denen, die damals Verantwortung zu tragen hatten, sind nicht mehr viele unter uns. Ihre Entscheide werden jetzt von Leuten be- und verurteilt, denen Entschlüsse dieser Tragweite niemals zugemutet werden. Sie wissen aber nach 50 Jahren genau, wie sich Politiker und Armeeführer in jenen Jahren hätten verhalten sollen. Wären diese Historiker damals am Ruder gewesen: Weiss Gott, ob die Schweizer noch immer über ihre eigenen Angelegenheiten frei entscheiden könnten.

Sch.



Buchbesprechung: Luzi Stamm

«Wer hat die Macht in Bern?»

Nach seinem Buch «Der Kniefall der Schweiz» hat der mutige Nationalrat in dem neuen Buch seine Erfahrungen als Parlamentarier in Bern dargestellt. An Hand vieler Beispiele regt er zum Nachdenken an über das Zusammenspiel (Filz) zwischen Politik–Medien–Wirtschaft in Bern. Er belegt mit vielen Beispielen, dass die Medien in Bern eine unkontrollierte Macht ausüben. Luzi Stamm nimmt kein Blatt vor den Mund, aber er lässt offen, wer effektiv die Medien steuert. Ein Buch für alle, die hinter die Kulissen des Machtkartells der Politik in Bern schauen wollen. W.R.



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 3/00